



Drucken

Streit um Notlagenregelung in der Oldenburger Diakonie

Oldenburg (epd). Um die sogenannte Notlagenregelung für die sieben in wirtschaftliche Not geratenen Altenheime der Oldenburger Diakonie ist ein Streit ausgebrochen. Die Arbeitnehmervertreter der paritätisch besetzten Arbeitsrechtlichen Kommission für Niedersachsen (ARK) hätten der Notlagenregelung "überraschend und nicht nachvollziehbar" die notwendige Zustimmung verweigert, sagte der kaufmännische Vorstand der Oldenburger Diakonie, Joachim von der Osten, am Freitag dem epd.

Dem widersprach der Vorsitzende der Arbeitnehmer in der ARK, Manfred Freyermuth aus Gifhorn. Er warf von der Osten vor, die Altenheime auf den Rücken der Beschäftigten sanieren zu wollen.

Von der Osten zufolge haben die Heime im vergangenen Jahr einen Verlust von rund einer Million Euro erwirtschaftet. Um sie sanieren zu können, habe die Diakonie mit den Mitarbeitervertretern der rund 600 Beschäftigten einen freiwilligen und befristeten Lohnverzicht ausgehandelt. Insgesamt gehe es dabei in diesem Jahr um rund 553.000 Euro und in 2010 nochmals um rund 750.000 Euro. Ohne diese Notlagenregelung seien "zwangsläufig Arbeitsplätze in Gefahr".

Freyermuth kritisierte, dass allein die Beschäftigten die Folgen der unbestrittenen wirtschaftlichen Notlagen zu tragen hätten. Verantwortlich seien jedoch nicht die Mitarbeitenden, sondern die schlechte wirtschaftliche Führung der Häuser. "Es ist nicht hinnehmbar, dass die Mitarbeitenden alles tragen sollen, während das Diakonische Werk elf Millionen Euro in den Rücklagen liegen hat", sagte Freyermuth.

Der Arbeitnehmervertreter kritisierte "die geringe Verhandlungsbereitschaft" der Arbeitgeber. "Wir würden der Notlagenregelung zustimmen, wenn das Diakonische Werk ihren Teil beiträgt und auf die Pacht für die Altenheime für die Zeit der Notlagenregelung verzichtet", sagte Freyermuth. Allein damit könnten rund 720.000 Euro in zwei Jahren gespart werden. Dies habe von der Osten jedoch abgelehnt.

Von der Osten kündigte Einzelgespräche mit den Beschäftigten an, um so doch noch die vereinbarten Lohnkürzungen zu erreichen. "Nur so können wir die Arbeitsplätze erhalten", betonte er. Für jedes der sieben Häuser gebe es ein Sanierungskonzept, dass die Heime bis 2011 wieder wirtschaftlich konkurrenzfähig mache.

Freyermuth warf der Oldenburger Diakonie dagegen vor, die Häuser "systematisch wirtschaftlich schlecht darzustellen, um das Weihnachtsgeld abschaffen zu können". Er forderte von der Osten auf, endlich die Verhandlungen mit den Kostenträgern über höhere Entgelte aufzunehmen. Seit 2001 habe die Diakonie nicht mehr mit den Renten- und Pflegekassen verhandelt. (1126/12.12.09)

Evangelischer Pressedienst, Knochenhauerstraße 38/40, 30159 Hannover
hannover@epd.de